

Tabak-Arbeiter

Nr. 40 / Bremen, den 1. Oktober 1927

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
— Monatlicher Bezugspreis 40 Goldpfennig ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Goldpfennig für die obergeschaltete Zeitspalte. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms.
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. D. Schmalzfeldt & Co. — Ehemalig in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt Roland 6048. — Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn. — Postfachkonto 6349 beim Postamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann. — Verbandsauschuß: E. Schöne, Hamburg. Besenbinderhof 57, Zimmer 45/46.

Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft

Von R. Schmidt, M. d. R.

Die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung hat sich nie in den Rahmen der nationalen Einengung spannen lassen. Schon in der Frühzeit des Kapitalismus unterhielt der Handel lebhafteste Verbindungen mit allen nur erreichbaren Ländern, die ihm Gelegenheit zum Absatz der Waren und zur Aufnahme von Landesprodukten boten, die das eigene Land nicht hervorbrachte. Mit der Ausgestaltung der Verkehrsmittel erlangte die Ausdehnung des Ueberseehandels eine immer größere Bedeutung und führte in der neueren kapitalistischen Entwicklung zu einer engen Verflechtung internationaler Interessen. Nicht zuletzt bedingt durch die Bedürfnisse der europäischen Industrie, die zunehmend auf Rohstoffe aus weit entlegenen Ländern angewiesen war. Die starke Position Amerikas ist demgegenüber sofort erkennbar. Die in der kapitalistischen Entwicklung uns stark ähnelnden Vereinigten Staaten befanden sich in einer bedeutend vorteilhafteren Lage. Innerhalb der weit ausgedehnten Ländergebiete der U. S. A. ergab sich für die Industrie dieses Staates eine nahezu restlose Versorgung mit Rohstoffen. Daneben wurde dieses Land ein bedeutender Rohstofflieferant der europäischen Staaten.

Europa war schon demgegenüber durch die Zerrissenheit seiner Staatenbildung weit im Nachteil; die Rohstoffgebiete waren verteilt und ungleich in den einzelnen Staaten entwickelt. Der industrielle Aufbau geriet immer mehr in Abhängigkeit von den ferngelegenen Rohstoffgebieten. Dazu kam, daß für einige wichtige Rohstoffe — Baumwolle und Kautschuk usw. — schon die klimatischen Verhältnisse keine Erzeugungsmöglichkeiten boten. Eine weitere Abhängigkeit ergab sich dadurch, daß die landwirtschaftliche Produktion für die stark anwachsende Bevölkerung den Bedarf des eigenen Landes nicht mehr deckte. Es wäre auch in Europa eine starke Ertragssteigerung der Landwirtschaft möglich, sicher in dem Umfang des Nahrungsmittelbedarfs der europäischen Bevölkerung; aber hier stoßen wir auf politische Hemmnisse, die eine solche Entwicklung vereitelten. Man braucht nur an die fruchtbaren Gebiete auf dem Balkan zu denken, deren Ertragsfähigkeit nie ausgenutzt wurde, denn bei der Zerrissenheit und endlosen Kampfstellung der verschiedenen Völkerschaften unter einem despotischen politischen Regime wurde der kulturelle und soziale Fortschritt unterbunden. Oder vergegenwärtigen wir uns, welche Entwicklungsmöglichkeiten die russische Landwirtschaft bot, die unter einem reaktionären politischen System auf einen Tiefstand der Produktionsweise gehalten wurde, und auch bis gegenwärtig noch nicht zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit gekommen ist.

An alledem hat der Versailler Vertrag nichts gebessert, vielmehr eine Verschlimmerung hinzugefügt. Die in ihrer Entwicklung zusammengehörigen Wirtschaftsgebiete sind zwischen neuentstandenen Staaten aufgeteilt, zum Nachteil derjenigen Völker, die bisher um den wirtschaftlichen Zusammenhalt jahrzehntelang schon erfolgreich bemüht waren. Verschärft wurde die Disharmonie durch die Abschließung der Staaten durch hohe Schutzollmauern, um so künstlich die Kraft zur eigenen Selbständigkeit zu gewinnen. Das ganze Wirtschaftsgetriebe ist durch das europäische Durcheinander in einem Zustand der Schwäche geraten. Vor dem Kriege bedrückten uns Widerwärtigkeiten in ähnlichem Umfange nicht. Die Rohstoffversorgung hat den europäischen Industriestaaten nie Sorge gemacht. Zunehmend ging die Entwicklung dahin, daß in der Ausfuhr der europäischen Industriestaaten und in der Veredelung zu Fertigfabrikaten ein gewisser Ausgleich zwischen Einfuhr von Rohstoffen und Ausfuhr von Fertigfabrikaten sich herausgebildet hatte. Auch bei der Versorgung mit Lebensmitteln ergaben sich, sobald die Nachwirkungen des Krieges vorüber

waren, keine Schwierigkeiten; im Gegenteil, es wurde uns oft des Guten zuviel geboten. Für die Zukunft wird sich daran nichts ändern. Aber es hat sich doch eine nicht unbedeutende Umstellung in folgendem vollzogen.

Der Anteil, den die europäischen Industriestaaten am Welt-handel in der Zeit vor dem Kriege erlangt hatten, hat unter dem Einfluß der starken Verschiebung wirtschaftlicher Machtstellung eine erhebliche Verschiebung erlitten. Der Welthandel hat zwar 1926 wieder die Höhe des Jahres 1913 erreicht, aber die europäischen Staaten sind dabei stark Leidtragende geworden. Deren Anteil im Gesamthandel ist von 99,52 Milliarden Mark im Jahre 1913 auf 85,25 Milliarden Mark im Jahre 1926 zurückgegangen. Mithin ein Verlust von 14,34 v. H. Noch ungünstiger gestaltet sich dabei das Verhältnis Deutschlands zu diesem Ergebnis, denn für uns ergibt der Gesamthandel (Ein- und Ausfuhr) nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung einen Rückgang von 36,02 v. H.

Für die hochentwickelten europäischen Industriestaaten bedeutet dieser Eingriff in ihre Wirtschaftssphäre eine sehr ernste Gefahr. Für Deutschland trifft das in besonders hohem Maße zu, denn es führte im Jahre 1926 an Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten für 8502,89 Millionen Mark ein, bei einer Gesamteinfuhr im reinen Warenverkehr von 9951,01 Millionen Mark. Dazu kommt, daß in dem gleichen Zeitraum die Ausfuhr von 10096,8 Mill. auf 6643,2 Mill. Mark zurückgegangen ist. Die absoluten Zahlen für 1926 sind höher; aber mit Recht hat das Institut für Konjunkturforschung unter Berücksichtigung der Preiserhöhung auf dem Warenmarkt die Zahlen für 1926 entsprechend erniedrigt, um zu einem richtigen Vergleich zu kommen.

Das Ergebnis ist sehr übel, denn die kapitalistische Entwicklung erfordert eine Steigerung des Gesamthandels, wie wir es vor dem Kriege von Jahr zu Jahr zu verzeichnen hatten. Daß für Deutschland eine Steigerung des Außenhandels dringend notwendig ist, kann nicht in Zweifel gezogen werden.

Wie aber Abhilfe schaffen? — Hier ergeben sich schroffe Gegensätze in der Auffassung der Industrie und der Gewerkschaften. Der Reichsverband der Deutschen Industrie will die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt mit billigen Warenpreisen schlagen, die durch niedere Löhne und lange Arbeitszeit erreicht werden sollen. Dem widersetzen sich die Gewerkschaften nicht nur vom Standpunkt sozialpolitischer Erwägungen, sondern auch volkswirtschaftlicher Erkenntnis. Die Industrie sollte doch endlich erkennen, daß gegenüber den hochgeschraubten Schutzolltarifen ein Lohndruck zur Ausgleichung dieser Zollbelastung unmöglich ist. Wir haben heute Zölle im Auslande, die bis zu 50 v. H. und darüber die deutsche Ware im Wert belasten. Ein solcher Schutzolltarif ist nicht zu überflügeln durch den Druck niederer Löhne und der damit verbundenen Preissenkung. Aber selbst wenn es möglich wäre, dies zu erreichen, so würde das nach aller bisherigen Erfahrung nur den Anreiz zu neuer Zollerhöhung geben unter Berufung auf eine unsolide Konkurrenz. Fordern doch die Vereinigten Staaten gegenwärtig wieder gegen Deutschland eine Erhöhung des Zolles für Stahl und Stahlerzeugnisse, weil für die deutsche Ausfuhr von der Rohstahlgemeinschaft eine Exportbonifikation gewährt wird.

Bei allen Zolltarifverhandlungen mit dem Auslande spielt der Hinweis auf die niederen Löhne und die lange Arbeitszeit in Deutschland eine große Rolle. Um sich ein Bild von den ungleichen Verhältnissen zu machen, genügt es, wenn man die englischen Erhebungen vom Jahre 1924 über die Arbeitszeit in den Berufen

der Metallindustrie zur Hand nimmt. Demnach betrug die Arbeitszeit in 13 Berufen der Metallindustrie wöchentlich 48 Stunden und darunter, d. h. bis zu 41,6 Stunden; nur die Roheisenindustrie verzeichnete 49,6 Stunden. Eine auch nur annähernd günstige Stellung werden wir in der deutschen Metallindustrie vergeblich suchen. Wenn unter solchen Gegenüberstellungen im Auslande von einem deutschen Dumping gesprochen wird, so werden wir dem beweiskräftigen Material nicht entgegensetzen können. Gleich ungünstig fällt ein Vergleich mit englischen oder amerikanischen Löhnen aus.

Wir können unter diesen Umständen nur zu verträglichen Zuständen kommen, wenn entsprechend den Beschlüssen der Genfer Wirtschaftskonferenz ein Abbau der Zölle erfolgt. Dies muß durch günstige Handelsverträge erreicht werden. Ferner müssen alle Behinderungen im Warendurchgangsverkehr sowie in der Ausübung kaufmännischer Tätigkeit aufgehoben werden. Ob der Weltmarkt in absehbarer Zeit seine Aufnahmefähigkeit überhaupt stark erweitern wird, erscheint sehr unsicher; wir müssen uns klar werden, daß sich hier Änderungen in den letzten Jahren vollzogen haben, die für ein schnelles Tempo der Aufwärtsentwicklung keine Hoffnungen aufkommen lassen. Die allein richtige Einstellung vom Standpunkt einer der Allgemeinheit dienenden Wirtschaftspolitik kann nur die sein, daß eine Warenpreissenkung durch weitestgehende Ausnutzung technischer Hilfsmittel und organisatorisch einfacher Betriebsweise erzielt wird, nicht aber auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft. Weiter wird man die Anforderung stellen — darin kann man der Ansicht, die auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum Ausdruck kam, zustimmen, daß unsere Erzeugnisse sich durch hohe Qualität empfehlen müssen.

Lohndruck führt zur Verarmung der großen Masse, setzt die Lebenshaltung herab, und muß auf den Innenmarkt verheerend wirken. Kein Volk mit niederen Löhnen und langer Arbeitszeit nimmt eine kulturell hohe Stellung ein, immer wird die große Schwicht der Erwerbstätigen in Industrie, Handel und Landwirtschaft durch ihre Lebensgestaltung auch die Kulturhöhe eines Volkes andeuten. Wenn es uns gelingt, den gegenwärtigen Aufstiege der Konjunktur zu halten, ja darüber hinaus noch zu steigern, dann nur durch die Sicherung einer Lebenshaltung der großen Masse, die keinen Rückschlag verträgt, sondern eine Aufwärtsentwicklung verlangt.

Arbeitslosigkeit, Lohn und Rationalisierung

Die Arbeitslosigkeit ist nur gering zurückgegangen, die Kurzarbeit nimmt wieder zu. Ende August waren noch 5,1 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, 2,8 v. H. standen in Kurzarbeit. Die amtliche Unterstützung weist über eine halbe Million Unterstützte nach.

Die industrielle Konjunktur hat zwei, los ihren Höhepunkt erreicht. Ob und wie lange sie sich hält, ist augenblicklich die Streitfrage. Man hat in Unternehmerkreisen auch schon eine ihre Wirkung meist nicht verfehlende Parole in der Hand, die zu erwartende wieder ansteigende Arbeitslosigkeit im vorhinein als Folge der Nominallohnsteigerung zu erklären. Unsere sogenannten Wirtschaftsführer befinden sich mit ihren noch vor nicht allzu langer Zeit gegebenen Versprechungen über Preisabbau und Besserung der Lebenshaltung in einer Zwangslage. Trotz enormer Produktionssteigerung ist bei gleichem Lohn und hoher Arbeitslosigkeit während des ganzen vorigen Jahres, trotz aller Regierungsmaßnahmen keine Senkung der Lebenshaltungskosten möglich gewesen. Der Index ist von 139 im ersten Vierteljahre 1926 auf über 144 im Dezember gestiegen. Der tatsächlich eingetretene Rückgang der Bekleidungskosten ist durch die starke Steigerung der Ernährungskosten und der Wohnungsmieten unwirksam gemacht worden. Im Jahre 1927 bis zur saisonmäßigen Einwirkung der neuen Ernte sind die Ernährungskosten weiter gestiegen, während der Bekleidungsindex äußerst stabil blieb. Die Lohnbewegungswelle im Frühjahr 1927 glich nachträglich die Lebenshaltungskostensteigerung aus, so daß die Arbeiterschaft im Juli d. J. knapp den Reallohn erreichte, den sie Ende 1925, also vor der Rationalisierung der Wirtschaft schon einmal besaß. Die Rationalisierung hat die wirtschaftliche Hochkonjunktur eingeleitet, sie zweifellos begünstigt. Die Rationalisierung hat aber auch die Massenarbeitslosigkeit lange Zeit erhalten. Erst langsam, in den letzten verfloßenen Monaten, hat die Arbeitslosigkeit abgenommen, um uns heute erkennen zu lassen, daß selbst bei guter Konjunktur ausschlaggebender Industrien (Bergbau, Textilindustrie und Landwirtschaft) zirka eine halbe Million Arbeitswillige keine Beschäftigung finden werden. Der Arbeitsmarkt ist also gesättigt!

Man hat es sich angewöhnt, die Verminderung der Arbeitslosigkeit eine Gabe zu nennen, welche die „Wirtschaftsführung“ der Arbeiterschaft als Ergebnis ihrer Rationalisierungstätigkeit bringt. Aber das ist ein sachlicher Irrtum. Die große Arbeitslosigkeit bestand schon, ehe die Rationalisierung einsetzte. Das wird auch in der Arbeiterschaft oft vergessen. Die Rationalisierung hat zunächst die Arbeitslosigkeit erhalten, sogar verstärkt. Erst in einem späteren Stadium, seit Februar 1927, führte sie zu einer Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Große finanzielle Opfer hat die Arbeiterschaft während der Rationalisierungszeit bringen müssen. Das Institut für Konjunkturforschung hat folgenden Verlust an Arbeitsstunden in den Jahren 1925 und 1926 und im ersten Halbjahr 1927 errechnet:

An Arbeitsstunden gingen verloren:

Zeit	Durch Arbeitslosigkeit in Millionen Arbeitsstunden	durch Kurzarbeit	durch Arbeitskämpfe	v. H. der Normal-Arbeitsstundenzahl	Verlorene Arbeits-einkommen in Millionen Mark
1925	1157	476	136	4	1,2
1926	4689	1089	10	12	4,0
1927					
1. Vierteljahr	1222	75	8	11	0,9
2. Vierteljahr	639	38	8	6	0,5

Seit 1925 bis heute sind der Arbeiterschaft also mehrere Milliarden Mark an Einkommen verloren gegangen. Ihren Anteil an den Erfolgen der Rationalisierung durch wirksame Erhöhung der Löhne konnte sich jedoch die Arbeiterschaft bisher nicht sichern.

Die gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik läßt die bezirkliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit nicht erkennen. Nach der amtlichen Statistik hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im Laufe dieses Jahres in den Agrargebieten doppelt so günstig gestaltet als in den Industriegebieten. In den Agrargebieten ist aber mit Sicherheit selbst bei gleichbleibender Konjunktur mit einer starken Verschlechterung vom Oktober an zu rechnen, besonders in der Landwirtschaft und im Baugewerbe. Am geringsten war die Besserung in den letzten Monaten in den konjunkturmempfindlichen Großstädten: in Berlin und in den Hansastädten.

In den Industrien haben verhältnismäßig gute Beschäftigung: das Baugewerbe mit 3,8 v. H. (Saison und gute Konjunktur), die Bergarbeiter mit 1,3 v. H. (jedoch auffallend starke Steigerung der Kurzarbeit auf 7,0 v. H.), die Textilarbeiter mit 2,9 v. H., das Buchdruckgewerbe und die Gemeindebetriebe. Weitere günstige Entwicklung von Juli auf August haben auch die Metallindustrie (5,4 v. H.), das Holzgewerbe (8,3 v. H.), das Verkehrsgewerbe (5,0 v. H.) und die Fabrikarbeiter (5,1 v. H.) zu verzeichnen.

Einen äußerst ungünstigen Arbeitsmarkt hat immer noch mit zum Teil über 10 v. H. Arbeitslosen das gesamte Nahrungsmittelgewerbe (bis auf die Brauindustrie), die Bekleidungs- und Schuhindustrie, das Sattlergewerbe und die Gärtnereien.

Voraussetzungen der Betriebsratswahl

Bedeutet die mangelhafte Erfüllung der Voraussetzung zur Wahl eines Betriebsrats notwendig die Ungültigkeit der Wahl? Zu dieser Frage traf das Landesarbeitsgericht in Mannheim dieser Tage eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung. Eine Arbeiterin, die als Klägerin auftrat, war zum Betriebsrat gewählt worden, obwohl die Voraussetzung zur Wahl, die dreijährige berufliche Zugehörigkeit, nicht erfüllt war. Die Firma nahm dies zum Anlaß, die Wahl nicht anzuerkennen und der Büglerin den Betrag von 79 Pf. für die als Betriebsrat verwendete Zeit abzugreifen. Das Urteil lautete auf Zahlung des Betrages und gab im übrigen als Begründung an, daß, wie im Betriebsratgesetz festgelegt sei, von der erwähnten Voraussetzung zur Wahl abgesehen werden könne, wenn nicht genügend Personal zur Übernahme der Betriebsratsposten vorhanden sei. Durch diese Einschränkung habe der Gesetzgeber andeuten wollen, daß die mangelhafte Erfüllung der Voraussetzung nicht die Bedeutung einer Ungültigkeit der Wahl ohne weiteres in sich schließe.

Kollegen u. Kolleginnen
werbt unermüdlich für den Verband!



Tabakgewerbe



Von der Tabak-Berufsgenossenschaft

Wer sich über Veränderungen der Struktur der Tabakindustrie und über die Auswirkungen der von den organisierten Tabakarbeitern geführten Lohnbewegungen zuverlässig unterrichten will, darf die Verwaltungsberichte der Tabak-Berufsgenossenschaft nicht unbeachtet lassen. Sie geben Aufschluß über die Zahl der Firmen, die Zahl der Betriebe, die Zahl der Vollarbeiter und über die zur Anrechnung gebrachten Lohnsummen in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie. Auch der jetzt herausgegebene Verwaltungsbericht 1926 enthält wieder eine Fülle von Material, das wir den Lesern und Leserinnen dieses Blattes nicht vorenthalten wollen.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei vorweg bemerkt, daß Firmen und Betriebe, die in mehreren Gewerbebezügen arbeiten, nur einmal gezählt sind und zwar da, wo sie die meisten Vollarbeiter nachgewiesen haben. Die Vollarbeiter dieser Unternehmen sind auf die einzelnen Zweige der Tabakindustrie verteilt, wobei ein Vollarbeiter auf 300 Arbeitstage zu je acht Stunden kommt. Hausarbeiter sind in der Regel nicht versicherungspflichtig und deshalb auch nicht mitgezählt worden. 1466 von ihnen hatten sich jedoch freiwillig versichert, ebenso 12 Unternehmer und 78 Bureauangestellte.

Die nachstehende Zusammenstellung gibt Aufklärung über die Zahl der Betriebe und über die Zahl der versicherungspflichtigen Vollarbeiter in den Jahren 1925 und 1926.

	Betriebe		Vollarbeiter	
	1925	1926	1925	1926
Zigarrenherstellung	4891	4595	101 262	85 593
Zigarettenherstellung	418	308	27 207	22 980
Rautabakherstellung	71	55	3 146	2 792
Rauchtabakherstellung	436	351	6 580	6 161
Schnupftabakherstellung	38	33	705	622
Vergärungsbetriebe	79	75	691	684
	5933	5417	139 591	118 832

Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, daß in allen Zweigen der Tabakindustrie sowohl die Zahl der Betriebe wie auch die Zahl der Vollarbeiter geringer geworden ist. Erwähnt zu werden verdient dabei noch, daß unter den für 1926 nachgewiesenen Betrieben sich 369 stillgelegte oder nur mit versicherungsfreien Angehörigen arbeitende befanden. Trotz des Rückganges wurden noch 790 Betriebe neu eingetragen, dagegen rund 1350 Betriebe gelöscht. Was im übrigen zu den Zahlen in der obigen Zusammenstellung gesagt werden muß, ist in dem Artikel „Drei Jahre Tabakindustrie“ im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 24 von diesem Jahre enthalten. Wir verweisen auf ihn, um Wiederholungen zu vermeiden.

Nicht minder aufschlußreich als die erste Zusammenstellung ist die nächste, aus der die Zahl der Firmen und die Zahl der bei ihnen im Jahre 1926 tätigen Vollarbeiter, nach Größenklassen getrennt, zu erkennen ist. Sie sieht folgendermaßen aus:

	Insgesamt	Firmen mit Vollarbeitern				
		bis 19	20-99	100-199	200-999	1000 u. mehr
Zigarrenherstellung	3 147	2 473	493	95	80	6
Zigarettenherstellung	292	204	50	14	18	6
Rautabakherstellung	51	35	11	1	4	—
Rauchtabakherstellung	342	290	41	9	2	—
Schnupftabakherstellung	32	27	4	—	1	—
Vergärungsbetriebe	51	42	9	—	—	—

Zu beachten ist hierbei, daß es sich um Firmen und nicht um Betriebe handelt. Leider hat die Tabak-Berufsgenossenschaft in früheren Jahren keine Angaben über die Zahl der Firmen gemacht, so daß jede Vergleichsmöglichkeit fehlt. Wäre sie vorhanden, dann würde sich sehr wahrscheinlich herausstellen, daß in allen Zweigen der Tabakindustrie die Konzentration weitere Fortschritte gemacht hat und daß die kleinen Firmen trotz ihrer noch verhältnismäßig hohen Zahl gegenüber den großen Firmen immer mehr an Bedeutung verlieren. So waren nach einer Erhebung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes in der Zigarrenindustrie bei Firmen mit über 500 Arbeitern im verflossenen

Jahre 31,5 v. H. aller Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt gegenüber 23,8 v. H. im Jahre 1924.

Das größte Interesse werden die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie natürlich der letzten Zusammenstellung entgegenbringen, die über die zur Anrechnung gebrachten Lohnsummen und über die sich daraus ergebenden Jahresverdienste der Vollarbeiter Aufklärung schafft. An Lohnsummen gelangten im Jahre 1926 zur Anrechnung:

	Insgesamt	auf die Person		Steigerung v. H.
		1925	1926	
Zigarrenherstellung	80 159 550	937	897	4,46
Zigarettenherstellung	41 232 160	1 794	1 623	10,54
Rautabakherstellung	3 918 240	1 403	1 239	13,24
Rauchtabakherstellung	8 108 140	1 316	1 234	6,65
Schnupftabakherstellung	862 220	1 386	1 221	13,51
Vergärungsbetriebe	816 650	1 194	1 068	11,80

Um Vergleiche zu ermöglichen, haben wir die auf den Vollarbeiter kommenden Lohnsummen aus dem Jahre 1925 (in Klammern) mit angeführt und dazu bemerkt, um wieviel v. H. die Verdienste der Vollarbeiter im Jahre 1926 gegenüber dem Jahre 1925 gestiegen sind. Am höchsten war die Steigerung in der Rautabak- und Schnupftabakherstellung, während sie in der Zigarren- und Rauchtabakherstellung am niedrigsten war. Die Lohnsummen verteilten sich auf die einzelnen Zweige der Tabakindustrie wie folgt: Zigarren 60 v. H., Zigaretten 30 v. H., Rautabak 6 v. H., Schnupftabak 3 v. H., Schnupftabak und Vergärung je 1/4 v. H. Auf den 5. Bezirk der Tabak-Berufsgenossenschaft (Süddeutschland) kamen rund 30 v. H., auf den 2. (Sachsen und Thüringen) und 4. Bezirk (Hansestädte, Hannover und Westfalen) je 20 v. H., und auf den 1. (Brandenburg, Nordost und Schlesien) und den 3. Bezirk (Rheinland und Hessen) je 15 v. H. der zur Anrechnung gelangten Lohnsummen.

Zum Schluß noch einige Mitteilungen über die Unfälle, von denen 1869 im Jahre 1926 gemeldet wurden gegenüber 1775 im Jahre 1925. Zum ersten Male wurden 128, im Jahre vordem 96 Unfälle entschädigt. Unter den entschädigten Unfällen befanden sich 3, im Jahre vordem 6. Die Unfallziffern sind also gewachsen, zumal wenn man berücksichtigt, daß 1926 nur solche Fälle gezählt wurden, in denen Rente und Sterbegeld geleistet worden war und nicht mehr solche, in denen nur die Kosten des Heilverfahrens usw. getragen wurden. Wären für 1926 dieselben Grundsätze maßgebend gewesen wie für 1925, so wären 197 Unfälle als entschädigt gezählt worden.

Seit 1885 sind 30 937 Unfälle gemeldet worden, darunter 193 mit tödlichem Ausgang. Hiervon sind 3042 oder 9,8 v. H. entschädigt worden.

Tabaksteuereinnahmen im August

Im August dieses Jahres wurden insgesamt 65 512 646,15 Reichsmark Tabaksteuereinnahmen erzielt. Davon waren aus der Banderolensteuer 55 946 161,10 RM., aus der Materialsteuer einschließlich der Ausgleichsteuer 9 524 187,76 RM., aus der Tabakerfabrikstoffabgabe 1 405,20 RM. und aus der Nachsteuer 40 892,09 RM.

Verlängerung des Reichstarifvertrages für das Rauch- und Schnupftabakgewerbe

Auch in diesem Jahre haben sowohl die beiden Tabakarbeiterverbände, wie auch der Rauchtabak- und Schnupftabakverband davon abgesehen, den Reichstarifvertrag für das Rauchtabak- und Schnupftabakgewerbe aufzukündigen. Er läuft deshalb ein Jahr weiter und hat Gültigkeit bis zum 31. Oktober 1928. Wird er dann nicht sechs Wochen vordem aufgekündigt, so läuft er ein weiteres Jahr. Die verlängerte Geltungsdauer des Reichstarifvertrages schließt selbstverständlich eine Aenderung der Lohnsätze nicht aus, da diese unter Einhaltung einer 14tägigen Frist zum 15. oder letzten eines Monats, erstmalig zum 31. Oktober dieses Jahres kündbar sind.



Verbandsleben



Konferenz- und Versammlungsberichte

Bezirkskonferenz in Heidelberg

Am 25. September tagte in Heidelberg für die Zahlstellen des 6. Gaues (Baden, die Pfalz und Hessen) eine gut besuchte Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung: 1. Die Situation im Tabakgewerbe und unsere Lohn- und Tarifpolitik. 2. Arbeitslosenversicherungsgesetz und die bevorstehenden Krankenkassenwahlen. 3. Organisationsfragen und Verschiedenes. In die Konferenzleitung wurden Kollege Klein und Kollegin Wolf (Speyer) als Vorsitzende und Kollege Meßger (Mannheim) als Schriftführer gewählt. Zum ersten Punkt referierte der Kollege Dahms (Bremen). Redner gab einleitend ein anschauliches Bild von der Entwicklung der verschiedenen Branchen in der Tabakindustrie. Zur Beurteilung der Entwicklung gab er folgende Zahlen bekannt. Beschäftigt waren Vollarbeiter

	1913	1926
Zigarrenindustrie . . .	144 423	85 593
Zigarettenindustrie . . .	17 695	22 980
Rautabakindustrie . . .	3 939	2 792
Rauchtabakindustrie . . .	3 641	6 161
Schnupftabakindustrie . . .	993	622
Fermentation . . .	1 389	684
Insgesamt . . .	172 080	118 832

Die sich immer mehr entwickelnde Konzentration und technische Entwicklung machen sich auch in der Tabakindustrie bemerkbar. Redner besprach dann die zentrale Lohn- und Tarifpolitik und stellte zahlenmäßig fest, daß diese Politik für die Tabakarbeiter die richtige sei. Er gab eine Uebersicht über die Entwicklung der Löhne bis heute und stellte fest, daß die Steigerung der Löhne durchaus unzureichend sei. Ein gutes Organisationsverhältnis könnte aber dazu beitragen, daß ein Ausgleich geschaffen wird. Eine Besserstellung der Löhne sei unbedingt notwendig. Es müsse deshalb überall den Tabakarbeitern mehr denn je eingehämmert werden, daß nur durch einen festen Zusammenschluß im Deutschen Tabakarbeiter-Verband die Gewähr geboten ist, unsere sehr geringen Löhne aus eigener Kraft auf den richtigen Stand zu bringen. Ebenso ist der Ferienfrage besondere Beachtung zu schenken. Ueberstunden sollen möglichst vermieden werden. Wo das nicht möglich, müssen die Ueberstundenzuschläge verlangt werden. In bezug auf das Organisationsverhältnis gab Redner zahlenmäßigen Aufschluß und betonte, daß der jetzige Stand nicht genüge. Allerwärts müsse erneut mit neuem Eifer die Werbearbeit betrieben werden, damit unsere Macht gestärkt wird, um unsere künftigen Bewegungen mit mehr Erfolg als bisher für die Kollegenschaft führen zu können.

In der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Bürkle (Menzingen), Meermann (Lachen), Adrian (Lorsch), Sig (Rupfloch), Klöppinger (Heidelberg), Kerschmar (Hodenheim), Frei (Mickelfeld), Riedling (Heidelberg) und Kollegin Wolf (Speyer). Alle beschwerten sich über die unzulänglichen Löhne und forderten eine entsprechende Lohnerhöhung. Auch wurden verschiedene Anregungen gegeben, wie der allgemeine Zusammenschluß gefördert werden kann, um den zu stellenden Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Im allgemeinen wurde die zentrale Lohnpolitik weiter gutgeheißen, wenn auch verschiedene Bedenken geäußert wurden. Kollege Dahms ging in seinem Schlußwort auf die verschiedenen Äußerungen ein, machte einige Richtigstellungen und forderte nochmals zu reger Organisationsarbeit auf. Der Vorsitzende, Kollege Klein, konnte dann ohne Widerspruch feststellen, daß die Konferenz mit den Beschlüssen und der Taktik, wie sie am 18. September vom Feirat beschlossen wurde, einverstanden ist.

Die Mandatsprüfungskommission berichtete durch den Kollegen Auer (Baden-Baden), daß 65 Delegierte vertreten sind. Außerdem waren eine Anzahl Gäste anwesend. Die Kontrolle der Mitgliedsbücher hat ergeben, daß die Beitragsleistung nicht in allen Fällen die richtige sei. Dies muß im Interesse unserer Bewegung anders werden.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Schomburg. Er schilderte, welche Kämpfe von den freien Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten um ein solches Gesetz geführt wurden. Am 1. Oktober trat nun das Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft. Wenn auch an seinem Inhalt manches noch nicht unseren Wünschen entspricht, so besteht doch jetzt ein Recht auf Arbeitslosenunterstützung, da die Bedürftigkeitsfrage ausgeschieden ist. Redner besprach dann das Einspruchsverfahren sowie die Krisenfürsorge. Die Zusammensetzung der Spruchkammern ist abhängig von den Wahlen zu den Krankenkassen, die in den nächsten Wochen stattfinden. Da die Leistungen der Krankenkassen von den Vertretern stark beeinflusst werden können, müssen auch die Tabakarbeiter bei diesen Wahlen mehr Aktivität an den Tag legen, damit die richtigen Vertreter zu den verschiedenen Instanzen, die von den Krankenkassenwahlen abhängen, gewählt werden. Kollege Klein und Kollegin Wolf machten zu dem Referat noch ergänzende Ausführungen.

Zum 3. Tagesordnungspunkt sprach Kollege Klein. In längeren Ausführungen besprach er die Beitragsleistung in den einzelnen Orten. Uebertritt in die höheren Beitragsklassen ist aus verschiedenen Gründen zu empfehlen. Verschiedene Hinweise zur Geschäftsführung in den einzelnen Zahlstellen bildeten den Schluß seiner Ausführungen.

Kollegin Wolf dankte den Teilnehmern für ihre Aufmerksamkeit und schloß mit einem Resümee der Verhandlungen und einem warmen Appell die Konferenz.

Westfalen. Die Kollegin Marie Wolf aus Speyer wird im Oktober in folgenden Versammlungen sprechen: Minden, Sonntag, 9. Okt., 10 Uhr, Tonhalle. Bünde, Montag, 10. Okt., 18 Uhr, Stadtpark. Holsen, Dienstag, 11. Okt., 20 Uhr, Siekmann. Kirchlegern, Mittwoch, 12. Okt., 18 Uhr, Bitter. Ellshausen, Donnerstag, 13. Okt., 20 Uhr, Meyer. Detinghausen, Sonnabend, 15. Okt., 20 Uhr, Teiling. Hüllhorst, Sonntag, 16. Okt., 16 Uhr, Anefeldkamp. Gehlenbed, Montag, 17. Okt., 20 1/2 Uhr, Blase. Blakheim, Dienstag, 18. Okt., 20 1/2 Uhr, Knickmeyer. Eickhorst, Mittwoch, 19. Okt., 20 1/2 Uhr, Kettefstedt, Donnerstag, 20. Okt., 20 Uhr, Klostermann. Spenge, Freitag, 21. Okt., 20 1/2 Uhr, Schröder. Blotho, Sonnabend, 22. Okt., 20 Uhr, Marten. Rehms, Sonntag, 23. Okt., 16 Uhr, Fischhaupt. Werste, Montag, 24. Okt., 19 Uhr, Ebeler. Hiddenshausen, Dienstag, 25. Okt., 20 1/2 Uhr, Meyer. Besenskamp, Mittwoch, 26. Okt., 20 Uhr, Droste. Löhne, Donnerstag, 27. Okt., 17 1/2 Uhr, Große-Wortmann. Ostscheidt, Donnerstag, 27. Okt., 20 1/2 Uhr, Brinker. Hensfeldt, Freitag, 28. Okt., 20 Uhr, Seper. Dünne, Sonnabend, 29. Okt., 19 1/2 Uhr, Clausmeyer, Dampfmuhle. Enger, Sonntag, 30. Okt., 15 1/2 Uhr, Niermann. Tagesordnung in allen Versammlungen: Der Kampf der Tabakarbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Bekanntmachungen

Am 1. Oktober ist der 40. Wochenbeitrag fällig

Statistikarten und Fragebogen

Durch ein Versehen in der Expedition sind die Statistikarten in der vorigen Woche nicht zum Versand gekommen. Sie werden mit dieser Nummer des „Tabak-Arbeiter“ verschickt. Die ausgefüllten Statistikarten und Fragebogen müssen sofort eingesandt werden. Restanten werden im „Tabak-Arbeiter“ veröffentlicht. Bei der Ausfüllung der Statistikarten und Fragebogen sind die Ausführungen im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 31 zu beachten.

Zahlstellenverwaltungen, die keine Statistikarten oder Fragebogen erhalten haben sollten, müssen die erforderlichen Angaben brieflich oder auf einer gewöhnlichen Postkarte dem Verbandsvorstand übermitteln.

Betriebsfragebogen zur Tarifstatistik

Durch die Gauleiter sind allen Zahlstellenverwaltungen Betriebsfragebogen zur Tarifstatistik zugestellt worden, die vollständig und richtig ausgefüllt spätestens bis zum 10. Oktober wieder im Besitz der Gauleiter sein müssen. Die Zahlstellenverwaltungen haben nun darauf zu achten, daß über alle Betriebe, die in ihrem Wirkungskreis liegen, zuverlässige Angaben gemacht werden und zwar auch dann, wenn hier und da keine Mitglieder unseres Verbandes beschäftigt sein sollten. Es muß in diesem Jahre möglich sein, alle Betriebe der Tabakindustrie zu erfassen, damit die Verbandsleitung bei ihren Maßnahmen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einwandfreies Material zur Verfügung hat.

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 6. September: Wielesfeld 300.—
- 16. Schwerin a. d. Warthe 50.—
- 17. Enger 120.—, Landsberg 80.—, Trier 100.—, Schöned 150.—, Salzung 100.—, Blin 90.—, Neusalz 70.—
- 19. Trebbin 300.—, Löhne 40.—, Barntrup 50.—, Schönberg 200.—, Jüterbog 100.—, Kirchardt 150.—, Dresden 200.—
- 20. Hannover 200.—, Köln 150.—, Leipzig 800.—, Oldenburg 50.—, Striegau 100.—, Hodenheim 550.—
- 21. Seesen 50.—, Liegnitz 100.—, Berlin 1000.—
- 22. Everode 30.—, Allstufheim 160.—, Heilbronn 400.—, Nordhemmern 100.—
- 23. Bremen 250.—, Kreuznach 200.—
- 24. Wintersdorf 100.—, Offenbach 200.—

Bremen, den 27. September.

J. Krohn.

Gesucht

1 tüchtiger Sortierer in eine größere Stadt Schlesiens. Nachfragen beim Gauleiter Max Clement, Breslau 8, Stolze Str. 6, 1.